

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

„Green Finance – Kann der Finanzmarkt zur Lösung der globalen Umwelt- und Klimakrise beitragen? Befunde aus der Wissenschaft“

22. April 2021, 10.00 Uhr

Abseits der Covid19-Pandemie bleibt die Klima- und Umweltkrise eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen. *Green Finance* wird dabei von verschiedenen Seiten als marktgerechtes Lösungsmittel propagiert. Vielfach wird damit die Hoffnung verbunden, dass der Finanzsektor zur Lösung globaler Umweltprobleme beitragen kann. Aber ist das wirklich so, und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Europaweit wuchs das von „grünen“ Fonds verwaltete Vermögen 2020 um 52% auf 1,1 Billion Euro. Auch in Österreich gibt es mittlerweile über 170 Fonds die das Umweltzeichen tragen. Überdies steht im Regierungsprogramm, dass „grüne“ Fonds steuerlich gefördert und von der KESSt [befreit](#) werden sollten. Die Sinnhaftigkeit sowie die Wirksamkeit einer solchen Maßnahme werden jedoch vor dem Hintergrund empirischer Daten und neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse zu diesem Bereich in Frage gestellt. Während schon länger bekannt ist, dass *Green Washing* ein großes Problem ist, so zeigen die jüngsten Zahlen, dass dies noch problematischer ist als gedacht. Allein im Jahr 2020 stammte etwa [ein Viertel](#) aller neu aufgelegten „Grünen“ Fonds aus Umwidmungen bisheriger Fonds.

Die Problematik gilt aber auch für neu aufgelegte Finanzprodukte. Jüngste wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass dies nicht das einzige und auch nicht gravierendste Problem darstellt. Vielmehr wird die Wirksamkeit von herkömmlichen Formen von *Green Finance* für die Bekämpfung von Umweltproblemen überhaupt in Frage gestellt. Überdies zeigt sich auf globaler Ebene, dass *Green Finance* negative Langfristwirkungen auf die wirtschaftliche Situation des globalen Südens durch erhöhte finanzielle Abhängigkeit haben kann.

Kritische Stimmen kommen mittlerweile sogar aus dem Finanzsektor selbst. Tariq Fancy, bis vor kurzem beim weltweit größten Investmentfonds BlackRock für die Implementierung von Nachhaltigkeit zuständig, zeigt sich im [Guardian](#) nunmehr skeptisch: Nicht der Finanzmarkt sondern nur Staaten können den Klimawandel effektiv bekämpfen. Das Mediengespräch unterzieht *Green Finance* einer wissenschaftlichen Bewertung auf Basis aktueller Forschungsergebnisse – und zwar aus ökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive.

Inputs:

Dr. Johannes Jäger (Fachbereichsleiter für Volkswirtschaftslehre an der FH des BFI Wien): **Wieso Green Finance eine solide Umweltpolitik nicht ersetzen kann**

Dr.ⁱⁿ Simone Claar (Leiterin der Forschungsgruppe „Glocalpower: funds, tools & networks for an African energy transition“ an der Universität Kassel): **Warum Green Finance im globalen Süden mehr Probleme verursacht als löst**

Moderation: Prof.ⁱⁿ (FH) Dr.ⁱⁿ Elisabeth Springler (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz / FH des BFI Wien)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Abstracts der Inputs

Johannes Jäger: Wieso Green Finance eine solide Umweltpolitik nicht ersetzen kann

*Bei Umweltthemen, wie etwa der Zerstörung von Biodiversität und der Klimakrise, allein auf Freiwilligkeit zu setzen, greift zu kurz. Auch wenn immer mehr Anleger*innen in „grüne“ Finanzprodukte investieren, so wird dies nichts daran ändern, dass parallel dazu nach wie vor unverändert „braune“ umweltzerstörende wirtschaftliche Aktivitäten stattfinden, die über den Finanzmarkt finanziert werden. Anstatt daher „grüne“ Anlagen steuerlich zu fördern, sollten effektive Umweltgesetze umgesetzt werden. Nur diese können dazu führen, dass „braune“ Aktivitäten unterlassen werden und die gesamte Wirtschaft systematisch nachhaltig ausgerichtet wird, was angesichts der globalen Umwelt- und Klimakrise das Gebot der Stunde ist.*

Die Vorstellung, dass *Green Finance* zur Lösung der globalen Umweltprobleme und der Klimakrise beitragen kann, ist weit verbreitet und wird nicht nur seitens des Finanzsektors propagiert, sondern zum Teil auch im politischen Diskurs so wiedergegeben. Im Kern dieser Argumentation stehen drei Annahmen bzw. Versprechungen.

Erstens, dass durch *Freiwilligkeit* (Environmental Social Governance, Corporate Social Responsibility) positive Umweltergebnisse erzielt werden können. Das freiwillige Einhalten ökologischer Standards im Finanz- und Unternehmenssektor führt jedoch nur zur Umsetzung von Maßnahmen, die den Gewinn steigern bzw. zu positiver Reputation beitragen. Viele notwendige Umweltmaßnahmen erfolgen daher gar nicht bzw. werden parallel dazu umweltzerstörende Praktiken umetikettiert, was als *Green Washing* bezeichnet werden kann.

Zweitens, dass *Anleger*innen durch ihr Verhalten* positiv auf Umwelt einwirken können. Vor dem Hintergrund, dass etablierte Finanzmärkte in der Regel zumindest als schwach effizient erachtet werden, kann dieses Versprechen nicht gehalten werden. Der Grund dafür ist, dass Preise von finanziellen Assets nicht von der Nachfrage, sondern von den abgezinsten erwarteten Gewinnen bzw. Cash Flows abhängen. Damit haben Anleger*innen im Unterschied zu Konsument*innen, die tatsächlich reale Produkte erwerben (die z.B. ökologischen Kriterien entsprechen), keine nennenswerte Wirkung auf realwirtschaftliche Vorgänge.

Drittens, dass es an *Finanzmitteln fehle*, um eine effektive nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft vorzunehmen und entsprechend Anreize für den Finanzsektor (z.B. in Form von Steuererleichterungen) gesetzt werden müssen. Vor dem Hintergrund des großen Volumens von Anlage suchendem Finanzkapital könnte dieses direkt für öffentliche Finanzierung z.B. über Steuern für den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft genützt werden. Dies wäre auch fiskalpolitisch günstiger als über Steuererleichterungen oder über Transfers den Finanzsektor und Anleger*innen zu subventionieren.

Die gängigen Herangehensweisen, die auf diese Versprechungen setzen, wurden in unserem Forschungsprojekt¹ als *neoliberale Green Finance* kategorisiert. Nachdem diese Formen von *Green Finance* wenig geeignet sind, um Umweltziele effektiv zu erreichen, wurden alternative Möglichkeiten erarbeitet. Dabei wurde zwischen reformistischer *Green Finance* und progressiver *Green Finance* unterschieden.

Bei *reformistischer Green Finance* stehen erstens strikte Umweltregeln im Vordergrund. Diese bilden die Grundlage für unternehmerisches Handeln und damit auch für Finanzierungsaktivitäten am Finanzsektor. Zweitens ist eine öffentliche Bereitstellung bei einem Umbau der Wirtschaftsstruktur hin zu Nachhaltigkeit, z.B. im Energiesektor, von zentraler Bedeutung. Drittens können dafür entsprechende Rahmenbedingungen der öffentlichen Finanzierung (Steuerpolitik, Geldpolitik, *Lending Targets*) eine zentrale Rolle spielen.

Diese Maßnahmen gehen zwar in die richtige Richtung und sind deutlich effektiver als neoliberale Formen von *Green Finance*. Sie sind jedoch nicht ausreichend, um globale Umweltprobleme tatsächlich zu lösen und dies auch mit sozialer Nachhaltigkeit zu verbinden. Es sind daher weitreichendere Maßnahmen notwendig, wie sie unter der Kategorie *progressive Green Finance* zusammengefasst wurden. Hier geht es vor allem darum, dass in globaler Perspektive eine fundamentale Änderung der Produktions- und Lebensweise notwendig ist. Dazu bedarf es globaler Regeln (Caps, Minimum Levels), um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Das globale Finanzsystem muss daher entsprechend reformiert und einer sozial-ökologischen Transformation untergeordnet werden, um eine effektive Lösung der Umwelt- und Klimaprobleme zu ermöglichen.

Literaturverweise:

Jäger, Johannes/Schmidt, Lukas (2020): Global Green Finance and Sustainability: Insights for Progressive Strategies. In: Journal für Entwicklungspolitik 36 (4), 4-30. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-36-4-4>

Jäger, Johannes/Schmidt, Lukas (2020): The Global Political Economy of Green Finance: A Regulationist Perspective. In: Journal für Entwicklungspolitik 36 (4), 31-50. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-36-4-31>

Populärwissenschaftliche Texte:

Jäger, Johannes (2020): Hoffnungsträger Green Finance? In: Kurswechsel (4/2020), 91-96. http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/Kurswechsel-4.20-Satz_Kern-97-100.pdf

Jäger, Johannes (2002): Green Finance: Ein Trojanisches Pferd? <https://awblog.at/green-finance-ein-trojanisches-pferd/>

¹ Global Finance and Socio Ecological Transformation: <https://www.fh-vie.ac.at/de/seite/forschung/fh-forschungsprojekte/global-finance-and-socio-ecological-transformation>

Simone Claar: Probleme von *Green Finance* im globalen Süden

Das Konzept der "grünen Wirtschaft" war in den Gliederungen der Vereinten Nationen 2007/2008 die Antwort auf die Finanzkrise, da dies als neuer Wachstumsmotor mit Rücksicht auf die Umwelt proklamiert wurde.

*Im Nord-Süd Kontext stellen sich insbesondere Kredite aber auch Garantien als problematische Instrumente von *Green Finance* heraus. Während damit das Risiko auf staatliche Institutionen abgewälzt wird, wird häufig die internationale finanzielle Abhängigkeit von Staaten des globalen Südens erhöht. Gleichzeitig werden unter dem Titel von „*Green Finance*“ Umweltprobleme oft nur verlagert.*

Den Auswirkungen der Corona-Pandemie soll laut internationalen Debatten und Organisationen durch einen grünen Wiederaufbau („Green recovery“) begegnet werden. Der Fokus auf grünes Wachstum und Rücksichtnahme auf die Natur greift frühere Instrumente zur Überwindung der Finanzkrise 2007/2008 auf. Dazu gehören auch grüne Finanzinstrumente und grüne Investitionen. Im Idealfall erholen sich mit dem grünen Wiederaufbau nicht nur die globale Wirtschaft, sondern auch die Naturverhältnisse, so die Argumentation. Gleichzeitig führte der Fokus auf nachhaltige Entwicklungsziele auch zu einem Anreiz, mehr private Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern in diesem Bereich zu generieren. Die Debatten um *Green Finance* konzentrieren sich auf konkrete Finanzinstrumente und wie diese Instrumente eine nachhaltige Entwicklung, die Umwelt sowie den Zugang zum Beispiel zu erneuerbaren Energien innerhalb eines liberalen Marktes unterstützen können.

Teil dieser Entwicklung ist die Schaffung neuer grüner Finanzprodukte sowie die Ökologisierung bestehender. Dazu gehören verschiedene Möglichkeiten des Zugangs von Schwellen- und Entwicklungsländern zu unterschiedlichen Finanzierungsarten, wie öffentliche und private Kredite, technische Hilfe, multilaterale und bilaterale Zuschüsse. Die Finanzströme sind kontinuierlich in Bewegung. Diese standardisierten Kanäle spielen auch bei Investitionen in ökologische und nachhaltige Finanzprodukte eine wichtige Rolle. Die Auswirkungen dieser Strategie auf den globalen Süden lassen sich an folgenden Punkten verdeutlichen:

1) Das Risiko der Finanzierung tragen nicht die Unternehmen, sondern der Staat.

Die Entwicklungsfinanzierung verändert sich durch Finanzialisierungsprozesse und betrifft die Strukturen und Praxen. Es ist zu beobachten, dass neben konkreten Finanzierungen von Krediten, Fördergeldern und externen privaten Investitionen auch die Rahmenbedingungen, insbesondere für den Privatsektor verbessert werden sollen. Dazu gehören verschiedene finanzielle und politische Risikoentlastungsmechanismen (De-Risking), die von Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen, aber auch von Nationalstaaten bereitgestellt werden. Dies sind z.B. Kreditgarantien, partielle private Risikogarantien, öffentliches Eigenkapital für Ko-Investitionen, aber auch nationale Politiken, die sicherstellen, dass auch Rechtsgrundlagen vorhanden sind. So werden potenziell die finanziellen De-Risking-Instrumente für private Investoren durch öffentliche Mittel finanziert und gehen damit zu Lasten der Bevölkerung. Im konkreten würde das bedeuten, dass dem Staat Gelder für andere dringend notwendige Investitionen etwa in eine Industriepolitik oder in Bildung fehlen. Sambia ist ein gutes Beispiel für die multiplen Krisen, die grüne Finanzinstrumente allein nicht lösen können. Der sambische Staat steht durch die hohe internationale Verschuldung zurzeit mit dem Rücken zur Wand und führt deshalb Kreditgespräche mit dem Internationalen Währungsfonds und

China. Damit ist auch die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass die Risikoentlastungsmechanismen, die u.a. bei der Vergabe von Projekten im Bereich erneuerbarer Energien genutzt wurden, vom Staat aufgefangen werden müssen.

2) Erneuerbare Energien: Transnationale Unternehmen dominieren den Markt

Bei Investitionen in erneuerbare Energien dominiert die Finanzierung von Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen wie der Weltbank oder regionaler Entwicklungsbanken wie der African Development Bank. Sie verleihen nicht nur direkt Geld, sondern stellen verschiedene grüne Fonds zur Verfügung. Je nach Ausgestaltung des Fonds haben unterschiedliche Akteure wie der Staat, Unternehmen oder eine Kombination Zugang zu der konkreten Finanzierung ihrer Erneuerbare-Energien-Projekte, überwiegend Infrastrukturprojekte. Unsere Forschung zu Politikinstrumenten in 34 afrikanischen Staaten zeigt, dass die Mehrheit sich auf ein marktorientiertes Modell für die Implementierung von erneuerbaren Energien verlässt. Dazu gehören wettbewerbsorientierte Verfahren mit Konditionen, die meist nur transnationale und nicht lokale Unternehmen erfüllen können. Erneuerbare-Energie-Projekte sind kapitalintensiv, und der Zugang für lokale Unternehmen aus dem globalen Süden zu grünen Finanzinstrumenten ist limitiert. Das zeigt u.a. das Beispielambia.ambia ist mit einer wachsenden Energiekrise konfrontiert, da nicht ausreichend in neue Energieinfrastruktur investiert wurde. Durch Dürreperioden verschärfte sich die Energieknappheit aufgrund der Abhängigkeit der Stromgewinnung vor allem vom Kariba-Staudamm. Um der Energieknappheit zu begegnen wird das „Scaling Solar“-Programm der Weltbank seit 2015 und das Programm GETFIT (Global Energy Transfer Feed-in Tariff) der Kreditanstalt für Wiederaufbau seit 2017 durchgeführt. Das bedeutet, dass internationale grüne Investitionen für Solar- und Windenergie in das Land kommen. Allerdings bleiben dabei sambische Unternehmen bei der Vergabe und somit auch lokale Arbeitsplätze außen vor.

Literaturverweise:

Elsner, Carsten, Neumann, Manuel, Müller, Franziska und Claar, Simone (2021): Finanzialisierung und „Derisking“ in Sambias Energiewende: Chance oder Zwang?, Manuskript.

Müller, Franziska, Neumann, Manuel, Elsner, Carsten und Claar, Simone (2021): *Assessing African energy transitions: Renewable energy policies, energy justice, and SDG7*. In: *Politics and Governance*, 9 (1), 119-130. <http://dx.doi.org/10.17645/pag.v9i1.3615>

Claar, Simone (2021): *Kein Ende des grünen Kolonialismus: Der Europäische Green Deal reproduziert die Abhängigkeiten von Afrika*, in: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. 51 (202), 141-148. <https://doi.org/10.32387/prokla.v51i202.1931>

Claar, Simone (2020): *Green Finance and Transnational Capitalist Classes - Tracing Vested Capital Interests in Renewable Energy Investment in South Africa*, in: *Journal für Entwicklungspolitik, The Global Political Economy of Green Finance and Socio-Ecological Transformation* 37 (4-2020), 110-128. <HTTPS://DOI.ORG/10.20446/JEP-2414-3197-36-4-110>

Über die Expert*innen

Prof. (FH) Dr. Johannes Jäger ist Fachbereichsleiter für Volkswirtschaftslehre an der FH des BFI Wien. Seine zentralen Forschungsschwerpunkte sind internationale politische Ökonomie und der globale Finanzsektor. Johannes.Jaeger@fh-vie.ac.at

Dr.ⁱⁿ Simone Claar leitet die Forschungsgruppe „[Glocalpower: funds, tools & networks for an African energy transition](#)“ an der Universität Kassel. Ihre

Forschungsschwerpunkte sind Staat und wirtschaftliche Entwicklung in Afrika, grüne Wirtschaft, erneuerbare Energien und der Finanzsektor. sclaar@uni-kassel.de

Kontakt für Rückfragen

Danyal Maneka

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 30 11 27 3

E: maneka@diskurs-wissenschaftsnetz.at

W: <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Dr. Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

M: +43 677-620 44 303

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>